

# VORWÄRTS HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

OKTOBER 2017

## KURS HALTEN FÜR EINE KONSEQUENTE ERNEUERUNG!



**Thorsten Schäfer-Gümbel,**  
SPD-Landes- und Fraktions-  
vorsitzender

Die letzten Wochen waren von einem Wechselbad der Gefühle für die Sozialdemokratie geprägt. Eine bittere Niederlage bei der Bundestagswahl nach einem sehr intensiven Wahlkampf und ein großartiger Wahlerfolg in Niedersachsen drei Wochen später. Wo lagen die Fehler, welche Konsequenzen ziehen wir? Beide Fragen beschäftigen nicht nur die Vorstände in Berlin und Hessen. Beide Fragen beschäftigen viele Menschen in und außerhalb der Sozialdemokratie.

Wenn man mit deutlich weniger Stimmen aus einer Großen Koalition kommt, als man hineingegangen ist, war die klare Entscheidung zur Oppositionsrolle nach dem Wahlergebnis am 24. September 2017 zwingend. Allerdings wird die Oppositionsrolle auch nicht einfach!

Wir werden nun innerhalb der Partei die Ärmel hochkrempeln, um einen programmatischen und organisatorischen Neuanfang zu wagen. Dazu müssen die Defizite sorgfältig aufgearbeitet werden. Die konsequente Erneuerung unserer Partei hat erst begonnen und wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Dabei ist es wichtig, dass wir diese Erneuerung mit den Genossinnen und Genossen an der Basis diskutieren und erarbeiten. Wir dürfen nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen. Meine herzliche Bitte ist, dass alle Möglichkeiten zur Beteiligung genutzt werden!

*Th. Schäfer-Gümbel*

Thorsten Schäfer-Gümbel

DIALOGFORUM DES  
PARTEIVORSTANDES  
MIT

**MARTIN SCHULZ**

UND

**THORSTEN  
SCHÄFER-GÜMBEL**

AM 04.11.2017

UM 14 UHR

IM KAP EUROPA,  
OSLOER STRASSE 5,  
60327 FRANKFURT.

ANMELDUNGEN  
UND WEITERE INFOS  
UNTER

[spd.de/spderneuern](http://spd.de/spderneuern)

## KEIN „WEITER SO“

**SPD HESSEN WILL EINBINDUNG VON NEUMITGLIEDERN FÖRDERN**

**W**ir können nicht so tun, als sei nichts passiert“, kommentiert der Landesvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel das schwache Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl am 24. September. Die erste Konsequenz ist der Gang in die Opposition, um aus dieser heraus das Profil der Partei wieder zu schärfen. Und auch in Hessen diskutieren die Gremien die Wahl und weitere Konsequenzen – doch vor allem soll es um inhaltliche Fragen gehen und darum, wie die Menschen künftig wieder mit sozialdemokratischer Politik angesprochen und begeistert werden können. „Wir wis-

sen, dass wir große Aufgaben haben. Die Globalisierung verändert die Welt. Die Digitalisierung verändert die Welt, auch die Frage, wie sich die Arbeitsgesellschaft verändert. Der Klimawandel und die zunehmende Ungleichheit fordern uns. Und diese großen Fragen, die sind, so glaube ich, alle relativ blank. Wie stellen wir uns auf, um dieser sich verändernden Welt in Zukunft die richtigen Antworten zu geben. Da ist gerade die SPD besonders gefordert, und diese Debatte brauchen wir“, erklärt Schäfer-Gümbel dem Deutschlandfunk nach der Wahl.

*Fortsetzung auf Seite 2*



SPD beginnt Prozess der Erneuerung.

WIR  
GRATULIEREN

**Dr. Felix Schenke,**  
Oberbürgermeister von  
Offenbach

**Udo Bausch,**  
Oberbürgermeister von  
Rüsselsheim

**Manfred Görig,**  
Landrat im Vogelsberg-  
kreis

**Stefan Reuß,**  
Landrat im Werra-  
Meißner-Kreis

**Joachim Ruppert,**  
Bürgermeister von  
Groß Umstadt

**Thomas Schell,**  
Bürgermeister von  
Biebesheim am Rhein

**Klaus Büttner,**  
Bürgermeister von  
Niederdorfelden

**Mario Gerhold,**  
Bürgermeister von Körle

**Christian Somogyi,**  
Bürgermeister von  
Stadtlendorf

**Winfried Steinmacher,**  
Bürgermeister von  
Kiedrich

**Susanne Schaab,**  
Bürgermeisterin von  
Schotten

**Dr. Philipp Rottwilm,**  
Bürgermeister von  
Neuental

**Alexander Köhler,**  
Bürgermeister von Haina

**Julian Schweitzer,**  
Bürgermeister von  
Bad Endbach

## KEIN „WEITER SO“

## SPD HESSEN WILL EINBINDUNG VON NEUMITGLIEDERN FÖRDERN

Fortsetzung von Seite 1

Doch damit allein ist es nicht getan. Die SPD möchte gerade nach der Wahl auf die Menschen zugehen. Vielerorts kommen die Genossinnen und Genossen mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ins Gespräch. Es gibt einen Grundtenor: Sie wünschen sich eine starke SPD, die glaubhaft und inhaltlich gut für die Werte der Partei eintritt. Und obwohl die SPD bei der Bundestagswahl schlecht abgeschnitten hat, erlebt die Partei bei den Neu- und Wiedereintritten eine Renaissance. Allein in Hessen gab es seit dem 1. Januar 2017 über 2.400 Neu- und Wiedereintritte in die SPD. Viele von ihnen wünschen

sich eine verantwortungsvolle und menschenwürdige Politik als Antwort auf den schleichenden Rechtspopulismus, der weltweit zu beobachten ist. Die Eintrittswellen überschneiden sich deswegen stark mit bundes- und weltpolitischen Ereignissen: Nach der Wahl Donald Trumps in den USA und dem Einzug der AfD in den Bundestag kamen viele Bürgerinnen und Bürger zur SPD, um dort ihre politische Heimat zu finden. Und sie kamen, als Martin Schulz eine Vision von einem sozial gerechten Deutschland und Europa gezeichnet hat. Dieses Versprechen muss die Sozialdemokratie jetzt und gerade

jetzt, wo die politische Zukunft Deutschlands unklar scheint, umsetzen.

Der nächste Schritt ist die Einbindung der Neumitglieder in die Partei. Sie sind neue Ideengeber und kritische Stimmen, die es in den kommenden Jahren braucht für den Prozess der Erneuerung unserer Partei. Dazu organisiert der Landesverband zunächst zwei zentrale Treffen in Hessen, um den Dialog, den Austausch und die Vernetzung zu fördern. Die Neumitgliedertreffen mit Thorsten Schäfer-Gümbel finden am 5.11. um 10 Uhr in der Stadthalle Oberursel und um 15 Uhr im Kulturbahnhof Kassel statt. ■

## UNSERE HESSEN IN BERLIN

## DIE HESSISCHEN BUNDESTAGSABGEORDNETEN DER 19. LEGISLATURPERIODE

Jede Wahl bedeutet auch einen Wechsel in der jeweiligen SPD-Fraktion. Nach dem enttäuschenden Wahlergebnis bei der Bundestagswahl schrumpft die SPD-Fraktion auf 153 Sitze. Davon sind 59 in ihren Wahlkreisen direkt gewählt worden und 94 über die Landeslisten in den Bundestag eingezogen. Hessen stellt zwölf Abgeordnete, die zukünftig die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Bundestag vertreten werden.

Mitglieder der hessischen Landesgruppe sind Michael Roth, Christine Lambrecht, Dagmar Schmidt, Sören Bartol, Ulrike Nissen, Martin Rabanus, Dr. Jens Zimmer-

mann, Dr. Edgar Franke, Bettina Müller und Dr. Sascha Raabe. Neu in der hessischen Landesgruppe sind Esther Dilcher und Timon Gremmels. Mit der 52-jährigen Dilcher gewinnt die Landesgruppe eine Rechtsanwältin und Notarin. Ihr programmatischer Schwerpunkt liegt in der Arbeits- und Finanzwelt. Sie setzt sich für eine gute und sichere Rente ein, für die Förderung von Fortbildung und Qualifizierung, für die Entlastung von Familien mit Kindern. Der 41-jährige Timon Gremmels gibt sein Landtagsmandat zugunsten des Einzuges in den Bundestag auf. Seine Themen sind vor allem die Energiepolitik und

die verkehrliche Infrastruktur. Gemeinsam mit städtischen Werken, Kommunen und Bürgerenergiegenossenschaften will er die Energiewende voranbringen. Beide neuen Abgeordneten gewannen ihr Mandat in Waldeck und Kassel direkt. Auch Michael Roth in Werra-Meißner bzw. Hersfeld-Rotenburg, Sören Bartol in Marburg und Edgar Franke in Schwalm-Eder konnten ebenfalls ihre Direktmandate gewinnen.

Der SPD-Landesverband verabschiedet die hessischen Abgeordneten, die in der neuen Legislaturperiode nicht mehr dem Bundestag angehören. Wir bedanken uns herzlich für den jahrelangen Einsatz für die Partei und das Wohl der Bürgerinnen und Bürger bei: Rüdiger Veit, Gerold Reichenbach, Ulrike Gottschalck, Hans-Joachim Schabedoth, Brigitte Zypries und Birgit Kömpel. ■



Zwölf Abgeordnete vertreten in dieser Legislaturperiode das Bundesland Hessen im Bundestag.

# MITREDEN BEIM HESSEN VON MORGEN

MITWIRKUNGSMÖGLICHKEITEN FÜR MITGLIEDER AUF DEM WEG ZUM WAHLPROGRAMM 2018

**G**ute und gerechte Bildung, Gestaltung der digitalen Zukunft, Energiewende, Steuergerechtigkeit, bezahlbarer Wohnraum, Sicherheit und gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Meister- und Masterabschluss: Das sind nur einige der Themen, um

die es bei der hessischen Landtagswahl 2018 gehen wird. Wir wollen das Ruder herumreißen. Die hessische SPD erarbeitet deshalb bereits jetzt ihr Regierungsprogramm für 2019–2024, den Zeitraum nach der nächsten Landtagswahl. Seit dem Sommer tagen elf Arbeitsgruppen,

die Konzepte für ein Hessen von morgen und mögliche Elemente des Wahlprogramms vorbereiten. Dabei wird Beteiligung großgeschrieben – alle Mitglieder der SPD Hessen haben mehrere Möglichkeiten, sich in diesen Programmprozess einzubringen.

## Der Zeitplan: Unser Weg zum Wahlprogramm

### 25. November 2017, Frankfurt:

Der Landesparteitag beschließt erste Eckpunkte für das Regierungsprogramm 2019–2024.

### Januar 2018:

Online-Diskussion „5 Wochen, 5 Ziele“ auf [spd-hessen.de](http://spd-hessen.de) und auf [facebook.com/spdhessen](https://facebook.com/spdhessen)

### 2.–3. Februar 2018, Friedewald:

Beim SPD-Hessengipfel, der Klausurtagung der hessischen SPD-Spitze aus Bund, Land und Kommunen, werden zentrale Punkte des Wahlprogramms diskutiert.

### 17. Februar – 24. März 2018:

Mitmachtage für alle Mitglieder in Pfungstadt, Kassel, Butzbach, Stadtallendorf und Mühlheim am Main.

### Ca. 10. April 2018, Frankfurt:

Der SPD-Landesvorstand veröffentlicht einen Programmentwurf

### 9. Juni 2018, Wiesbaden:

Der Landesparteitag behandelt alle eingegangenen Änderungsanträge und beschließt danach unser Regierungsprogramm 2019 bis 2024.

## DIREKTWAHLEN IN HESSEN

05.11.2017

**Thomas Jühe** möchte  
Bürgermeister von  
Raunheim bleiben

12.11.2017

**Hans-Jürgen Wickenhöfer** will in das  
Rathaus von Seeheim-  
Jugenheim einziehen

12.11.2017

**Manuel Zeich** will  
Bürgermeister von  
Trendelburg werden

26.11.2017

**Ralf Lich** möchte der  
nächste Rabenauer  
Bürgermeister werden

## So kann mitgeredet werden:

- ▶ **Bei insgesamt fünf Mitmachtagen** in allen Teilen Hessens stellen Mitglieder der Programm-Arbeitsgruppen der SPD Hessen ihre Ergebnisse in Kleingruppen exklusiv den Mitgliedern zur Diskussion.  
Die Termine: **17. Februar für Südhessen** in Pfungstadt, **24. Februar für Nordhessen** in Kassel, **3. März für Rhein-Main und Mittelhessen** in Butzbach, **10. März für Nord- und Mittelhessen** in Stadtallendorf und **24. März für Rhein-Main** in Mühlheim am Main. Es wird für alle hessischen SPD-Mitglieder in Kürze eine Anmeldeöglichkeit zu diesen Terminen geben.
- ▶ **Im Internet:** Unter dem Motto „Fünf Wochen, fünf Ziele für das Hessen von morgen“ stellen wir im Januar 2018 fünf zentrale Themen auf [spd-hessen.de](http://spd-hessen.de) und auf [facebook.com/spdhessen](https://facebook.com/spdhessen) zur Diskussion. Alle Anregungen und Vorschläge von Usern werden als Anregungen für den weiteren Programmprozess geprüft und ausgewertet. Über Facebook können außerdem Freunde, Bekannte und Interessierte zur Diskussion eingeladen werden. Zu jedem Thema wird ferner Generalsekretärin Nancy Faeser per FacebookLive mit den Nutzerinnen und Nutzern diskutieren.
- ▶ **Ganz klassisch in der örtlichen SPD:** Jeder Ortsverein der SPD kann Anträge an den Landesparteitag stellen – und jedes einzelne SPD-Mitglied hat das Recht, Anträge an den eigenen Ortsverein zu richten. Ab April 2018 kann der fertige Programmentwurf heruntergeladen und über den Ortsverein konkrete Änderungsvorschläge eingebracht werden. Dazu muss ein genauer Vorschlag gemacht werden, welche Textpassage ergänzt bzw. ersetzt werden soll. Anschließend müssen die Genossinnen und Genossen aus dem Ortsverein überzeugt werden, diesen Vorschlag gemeinsam als Änderungsantrag beim Landesparteitag einzureichen. Der Parteitag wird dann über die Aufnahme des Antrags in das Wahlprogramm abstimmen.
- ▶ **Per Brief, Fax oder E-Mail an die SPD Hessen:** Die Mitglieder der Programmkommission freuen sich über neue Anregungen und Vorschläge zum Programm. Diese können ganz einfach per Mail, Brief oder auch Fax an die SPD Hessen geschickt werden.
- ▶ **Kontakt:** SPD-Landesverband Hessen, Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden  
**E-Mail:** [landesverband.hessen@spd.de](mailto:landesverband.hessen@spd.de), Fax: 0611 – 999 77 11

**NEUMITGLIEDER-  
TREFFEN MIT  
THORSTEN  
SCHÄFER-GÜMBEL  
AM 05.11.2017**

▼  
um 10 Uhr  
in der Stadthalle  
Oberursel, Foyer,  
Rathausplatz 2,  
61440 Oberursel  
und

▼  
um 15 Uhr im  
Kulturnahnhof  
Kassel,  
Rainer-Dierichs-  
Platz 1  
34117 Kassel

▼  
Anmeldung per  
E-Mail an:  
[landesverband.hessen@spd.de](mailto:landesverband.hessen@spd.de)

## Ordentlicher Landesparteitag

25. November 2017  
10 Uhr  
in Frankfurt,  
Kap Europa  
Osloer Straße 5,  
60327 Frankfurt

## WAHLKAMPF- UNTERSTÜTZUNG IN NIEDERSACHSEN

Rund 20 hessische Genossinnen und Genossen hatten sich am Morgen des 6. Oktober nach Goslar aufgemacht um die SPD-Niedersachsen im Vorfeld der Landtagswahl zu unterstützen. In Teams ging es dann auch direkt zu ersten Hausbesuchen. Mit dabei waren auch Generalsekretärin Nancy Faeser und der parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph. Beide freuten sich über die Beteiligung an der Aktion. „Es ist schön, wenn so viele Ehrenamtliche bereit sind, in ihrer Freizeit Wahlkampf für ein Nachbarbundesland zu machen. Uns hat der kleine Einsatz viel Spaß gemacht“, sagte Faeser anschließend. Gelohnt hat sich die Unterstützung der engagierten Genossinnen und Genossen allemal. ■



FOTO: SPD LANDESVERBAND HESSEN

# LANDESPARTEITAG IN FRANKFURT

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG AM 25.11.2017

Am 25. November 2017 findet der nächste ordentliche Landesparteitag im Kap Europa, Osloer Straße 5, in Frankfurt statt. Die Delegierten werden ab 10 Uhr die organisatorischen und programmatischen Weichen für das kommende Jahr stellen. Im Mittelpunkt des diesjährigen ordentlichen Parteitages stehen die Entlastung des alten und die Wahlen des neuen Landesvorstandes an. Zudem wird es um die bevorstehenden Landtagswahlen

2018 in Hessen gehen. Dazu stellt der Landesvorstand die ersten Eckpunkte zur Erstellung des Wahlprogramms vor und wird dies mit den Genossinnen und Genossen vor Ort diskutieren. Zum Abschluss des Parteitages findet außerdem die Beschlussfassung über die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2018 statt.

Auch in diesem Jahr wird der Landesverband einen Livestream zum Mitverfolgung des Parteitages anbieten. ■



FOTO: SPD LANDESVERBAND

Nach der Bundestagswahl starten Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel und die SPD Hessen die programmatische Diskussion und Vorbereitungen für die Landtagswahl 2018.

# BEST PRACTICE KOMMUNALPOLITIK

NEUES HANDBUCH VON SPD HESSEN UND SGK HESSEN

Die SPD ist eine kommunale Partei. Hier liegt unsere Stärke: Vor Ort gestalten, verändern und erneuern. Es braucht Mut und Ideen, um unsere hessischen Kommunen, aber auch unsere Organisation zukunftsfit zu machen“, heißt es in dem Vorwort der neu erschienenen Broschüre „Best Practice Kommunalpolitik“ der SPD Hessen und SGK Hessen. Damit ist gleichzeitig auch deren Entstehungsgrund benannt. Doch vor allem ging es bei dem Buchprojekt auch darum, die vielen guten Ideen für Stadtentwicklung, die Umstrukturierung eines Ortsvereins, die Einbindung von Flüchtlingen oder auch die Kommunalisierung, die es bereits in der SPD und ihrem Umfeld gibt, einzusammeln und andere kommunalpolitisch engagierte aufzu-

bereiten. Dabei liegt das Augenmerk immer auf der Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern in Veränderungsprozesse vor Ort. Gemeinsames Engagement und die Möglichkeit zur Mitsprache stehen damit im Zentrum des kommunalpolitischen Handbuchs. Es soll ermutigen, neue Wege zu gehen, eigene Ideen weiterzuentwickeln und den Erneuerungsprozess der SPD vor Ort anzustoßen.

Auf den rund 180 Seiten werden Projekte und Initiativen von kommunalen Ehren- und Hauptamtlichen beschrieben. Die Autorinnen und Autoren sind hessische Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Freiwillige der Feuerwehr oder auch Ortsvereinsvorsitzende. Das Handbuch kann unter [www.spd.de](http://www.spd.de) – Mein Bereich/SPD Shop/Länderportale/Hessen/Gedrucktes zum Preis von 5 Euro bestellt werden. ■



# AKTIONSTAG AM 4. NOVEMBER

MENSCHEN ANSPRECHEN – VERTRAUEN AUFBAUEN

Für Parteien ist es oft schwierig, mit Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Die letzten Wochen und Tage vor der Bundestagswahl am 24. September waren jedoch geprägt von diesem Versuch. Infostände schienen vielerorts nahezu aus dem Boden zu sprießen. Oft mussten sich dabei Genossinnen und Genossen vor Ort folgenden Satz anhören: „Sie stehen doch auch nur hier, weil Wahlkampf ist.“ In gewisser Weise traf das sicherlich zu – leider.

Jedoch ist die SPD eine Partei, der die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern und deren Mitsprache bei politisch und gesellschaftlich relevanten Themen besonders wichtig sind. Verwundert, aber vor allem positiv überrascht, reagierte die Bevölkerung dort, wo die Infostände auch nach der Bundestagswahl blieben, wie zum Beispiel in Darmstadt. Fast schon ungezwungen kommen Genossinnen und Genossen mit den passierenden Bürgerinnen und Bürgern dort ins Gespräch. Es geht darum, zuzuhören und einfach mal die Chance zu geben, darüber zu sprechen, worüber man eben gerade sprechen möchte. Das politische Gespräch und der Kontakt zur Bevölkerung sind gerade jetzt, nach der verlorenen Bundestagswahl und in der neuen Rolle als Oppositionsführung, besonders wichtig. Denn genau jetzt müssen Anregungen, Ideen, Kritik und all das, „was bei uns abgeladen wird“, gesammelt werden, um Konzepte neu- und weiterzuentwickeln – für eine sozial gerechte und solidarische Zukunft.

Am Vormittag des 4. November rufen wir deshalb hessenweit einen Aktionstag aus: Menschen ansprechen und Vertrauen wieder aufbauen, so lautet die Devise. Möglichst viele Ortsvereine sollen mithilfe kleiner Aktionen vor Ort mit den Menschen ins Gespräch kommen. Dazu eignen sich am besten ein Infostand oder eine Ortsbegehung bzw. ein Quartiersgespräch, zu dem die Bevölkerung eingeladen wird und die Möglichkeit bietet, über ganz unterschiedliche und ortsspezifische Belange zu sprechen. ■



FOTO: SPD LANDESVERBAND

# BILDUNGSQUALITÄT? FEHLANZEIGE!

**D**ie hessische Bildungspolitik stand in der letzten Plenarwoche des Hessischen Landtags wieder einmal im Mittelpunkt der Debatten. Der bildungspolitische Sprecher Christoph Degen hat dabei Kultusminister Lorz für dessen unkonkrete Aussagen kritisiert. „Die Regierungserklärung war nicht mehr als der Beipackzettel einer Schachtel Beruhigungspillen. In der Hoffnung, dass er die wirklichen Baustellen nicht ansprechen muss, erzählt der Kultusminister viel und sagt wenig. Auf die drängendsten Probleme, nämlich den Lehrermangel und die hohe Anzahl von Lehrkräften ohne pädagogische Ausbildung, hat die Landesregierung erkennbar keine Antwort. Schwarz-Grün kann noch so viele Stellen aus dem Hut zaubern – wenn die nicht oder nicht mit qualifizierten Kräften besetzt werden können, leidet zwangsläufig die Qualität des Unterrichts“, sagte der Sozialdemokrat. Degen machte deutlich, dass es der SPD nicht um Reparaturarbeiten im maroden schwarz-grünen Bildungssystem gehe, sondern um eine grundsätzlich andere, grundsätzlich bessere Schulpolitik. Exemplarisch nannte er den Ausbau echter Ganztagschulen, die Unterstützung der Kommunen beim Angebot von Schulsozialarbeit sowie eine stärkere



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

**Christoph Degen, MdL., kritisierte die fehlende Bildungsqualität an hessischen Schulen durch eine falsche Politik von Schwarz-Grün.**

Lehrerzuweisung nach dem tatsächlichen Bedarf der Schulen. Schwarz-Grün mache von allem ein bisschen, aber nichts richtig. Der Lehrermangel werde Hessens Schülerinnen und Schüler noch auf Jahre hinaus belasten. „Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Aus- und Weiterbildungskapazitäten und Qualifizierungen, vor allem für die vielen bisher nur befristet

beschäftigten Lehrkräfte“, so der Bildungsexperte. Zur Steigerung der Attraktivität des Lehramts an Grundschulen fordere die SPD die gleiche Einstiegsbezahlung aller Lehrkräfte nach der Besoldungsgruppe A13. Das hessische Schulsystem brauche keine Hauruck-Aktionen und Notfallpakete, sondern Verlässlichkeit und klare, vorausschauende Konzepte. ■

# MEHR STAUS IN HESSEN „DANK“ CDU

**L**aut aktueller Aussage des ADAC hat sich die Gesamtlänge der Staus auf hessischen Straßen in den vergangenen fünf Jahren mehr als verdoppelt. Im Jahr 2012 seien es rund 51.000 Kilometer gewesen, im vergangenen Jahr

bereits 119.000 Kilometer. Nach Meinung des verkehrspolitischen Sprechers Uwe Frankenberger bekomme man wieder eindrucksvoll vor Augen geführt, dass die Investitionen in die hessischen Straßen in den vergangenen zwei Jahrzehnten

unzureichend gewesen seien. „Egal, ob CDU und FDP, die CDU alleine oder die CDU mithilfe der Grünen regieren: Die Infrastruktur in Hessen ist zunehmend verkommen. Die CDU ist für die Verdopplung der Staulänge hauptverantwortlich. Die Quittung dafür müssen nun die Pendlerinnen und Pendler zahlen, deren Nerven täglich aufs Neue auf die Probe gestellt werden“, beklagte der Verkehrsexperte. Frankenberger ließ die Ausrede des Verkehrsministeriums nicht gelten, dass es in keinem anderen Flächenland so viele Baustellen pro Autobahnkilometer gebe, wie dies in Hessen der Fall sei. „Das Problem der Sanierungsstaus ist seit Jahren bekannt. Die SPD hat immer und immer wieder darauf hingewiesen und Lösungen in Form von einer Erhöhung der Investitionen in unsere Straßeninfrastruktur angemahnt. Immer wieder sind diese durch die jeweilige Landesregierung unter CDU-Führung abgelehnt worden. Wir haben auch mehr als einmal erlebt, dass die Straßeninfrastruktur beim jetzigen grünen Verkehrsminister Al-Wazir keine Priorität genießt“, so Frankenberger. ■



FOTO: FOTOLIA.COM – DIGITALSTOCK

**Pendlerinnen und Pendler brauchen auf hessischen Straßen besonders viel Geduld.**

## PERSONAL-MANGEL IN DER JUSTIZ

Eine Große Anfrage der SPD-Fraktion zu langwierigen Rechtsverfahren hat die Auswirkungen des Personalmangels in der hessischen Justiz deutlich gemacht. „Seit 2012 sind unter CDU-geführten Landesregierungen 430 Stellen in der Justiz abgebaut worden, seit 2003 sogar 1.200 Stellen. Auch die Ausbildungsstellen sind von den Kürzungen hart betroffen. Im Vergleich zu 1999 werden heute 53 Prozent weniger Justizfachangestellte ausgebildet. Über Jahre hinweg wurde damit eine eingeschränkte Handlungsfähigkeit der hessischen Justiz in Kauf genommen“, so die Rechtspolitikerin Handan Özgüven. Die Verfahrensdauern in Hessen lägen über dem Bundesdurchschnitt. Das Personal in der hessischen Justiz sei chronisch überlastet. Die unglaubliche Länge der Verfahren führe aber auch dazu, dass nicht angemessen geurteilt werden könne und Strafen teilweise aus formalen Gründen geringer ausfielen. ■



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Handan Özgüven, MdL

## 2018/2019

Zahlen und Fakten:

**Schwarz-Grün hat 6,8 Milliarden Euro mehr zur Verfügung als Schwarz-Gelb 2013.**

**Hessen weist die dritt schlechteste Investitionsquote aller Bundesländer auf.**

**Rückgang der Zinsausgaben aufgrund des niedrigen Zinsniveaus: 350 Millionen Euro.**

**Rückgang der Ausgaben für Flüchtlinge 2018 und 2019: 1,44 Milliarden Euro.**

**Erhöhung der Gesamtverschuldung des Landes unter Finanzminister Dr. Schäfer seit 31.10.2010: 6,29 Milliarden Euro.**

# ZU GERINGE INVESTITIONEN

In seiner Erwidern zur Einbringungsrede des Doppelhaushalts 2018/19 durch den hessischen Finanzminister hat der haushaltspolitische Sprecher Norbert Schmitt die „viel zu niedrige Investitionsquote des Landes“ kritisiert. „Die Quote liegt sogar unter dem Niveau der 1990er Jahre und bedeutet im bundesweiten Vergleich den dritt schlechtesten Platz. Dies ist umso unverständlicher, weil die schwarz-grüne Landesregierung im Vergleich zur letzten Vorgängerregierung im Jahr 2013 6,8 Milliarden Euro mehr an finanziellen Mitteln zur Verfügung hat. Fast fünf Milliarden Euro davon sind auf Steuermehreinnahmen zurückzuführen, und zusätzliche rund 1,3 Milliarden Euro gibt es mehr vom Bund für spezielle Aufgaben“, so der Finanzexperte. Hinzu käme, dass trotz höherer Gesamtschulden infolge des niedrigen Zinsniveaus die Zinsausgaben um 350 Millionen Euro zurückgegangen seien und die Ausgaben für Flüchtlinge um 670 Millionen Euro im kommenden Jahr und im Jahr 2019 um 770 Millionen zurückgingen. Damit habe der Finanzminister in der Geschichte Hessens nie dagewesene, riesige fi-



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

**Das Selbstlob des Finanzministers sei angesichts der exzellenten Rahmenbedingungen lächerlich, sagte Norbert Schmitt, MdL.**

nanzielle Spielräume. „Angesichts dieser Zahlen ist es keine Kunst, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und sogar Überschüsse zu erzielen“, sagte Schmitt. Dass aber dennoch eine „schwarze Null“ im Jahr 2018 und die Tilgung von Schulden in Höhe von 100 Millionen Euro im Jahr 2019 nur durch eine Rücklagenentnahme von jeweils etwas über 200 Millionen Euro pro Jahr gelängen, sei skandalös. Das Selbstlob sei angesichts der Tatsache lächerlich, weil im Jahr 2016 nur zwei Bundesländer, im Jahr 2017 drei Bundesländer neue Schulden aufgenommen hätten und für das kommende Jahr überhaupt kein Bundesland mehr Schulden aufnehmen wolle. „Hessen ist kein Vorreiter, sondern eher Nachzügler bei

der sogenannten schwarzen Null“, so der Haushaltsexperte. Schmitt erinnerte den Finanzminister daran, dass er seit seiner Amtsübernahme am 31. Oktober 2010 die Landesschulden von 37,60 Milliarden Euro auf 43,89 Milliarden Euro, also mehr als sechs Milliarden Euro gesteigert habe. Wenn der Minister sich nun dafür feiern lassen wolle, dass die Schuldenlast pro Bürgerin und Bürger in Hessen um 80 Euro zurückgehe, dann müsse er auch zu seiner Verantwortung stehen, dass diese um 1.000 Euro pro Einwohner in seiner Amtszeit gestiegen sei. „Sechs Milliarden Euro Schulden machen und sich dann für den Abbau um 100 Millionen Euro feiern lassen, das ist schon dreist“, so Schmitt. Der finanzpolitische Sprecher kritisierte zudem die unzureichenden Mittel für den Wohnungsbau, den Straßenbau, den Breitbandausbau und mangelnde Unterstützung des Landes für die Kommunen. Der Finanzminister habe sich selbst als eierlegende Wollmilchsaue bezeichnet und sogar dazu einen Comic drehen lassen. „Aber der Finanzminister ist wahrlich kein Fabelwesen, sondern er erinnert eher an Onkel Dagobert und Donald Duck“, sagte Schmitt. ■

## ABSCHIED VON TIMON GREMMELS

Die SPD-Fraktion hat Timon Gremmels verabschiedet, der seit 2009 Mitglied des Landtags war und als Energie- und Umweltexperte das Profil der Fraktion geschärft hat. Er vertritt ab jetzt als direkt gewählter Abgeordneter den Wahlkreis Kassel im Deutschen Bundestag. ■



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, würdigte die geleistete Arbeit von Timon Gremmels bei der Abschiedsfeier.

## PERSONAL-ABBAU VERHINDERN

Der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel hat nach einem Medienbericht über drohende Einschnitte bei Opel im Zuge der Übernahme durch den französischen Konzern PSA vor einem Personalabbau gewarnt. Demnach fürchteten Insider, dass 2.000 bis 4.000 Stellen im Entwicklungszentrum in Rüsselsheim gefährdet seien. „PSA darf den Standortvorteil von Opel, über ein hervorragendes Entwicklungszentrum mit hoch qualifizierten Mitarbeitern zu verfügen, nicht verspielen. Gerade angesichts der bevorstehenden Verkehrswende mit ihren großen technischen Herausforderungen ist das Entwicklungszentrum ein Pfund, mit dem Opel wuchern kann. Das zu opfern, wäre kurzsichtig und nicht zukunftsweisend“, sagte Schäfer-Gümbel. Die Beschäftigten hätten ein Recht darauf, endlich von den neuen Eigentümern reinen Wein über die Pläne eingeschenkt zu bekommen. Die hessische SPD stehe weiter eng an der Seite der Opel-Beschäftigten und des Betriebsrats im Kampf um den Erhalt der Arbeitsplätze. ■

## VERFASSUNGSSCHUTZ: SCHWARZ-GRÜNE PR

Als „reine PR-Aktion“ hat die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser die Pressekonferenz des Innenministers und der beiden innenpolitischen Sprecher von CDU und Grünen zu den Eckpunkten eines neuen Verfassungsschutzgesetzes bezeichnet. „Der Verfassungsschutz und seine Kontrolle ist für uns zu wichtig, um es als reine PR-Aktion zu benutzen. Die schwarz-grüne Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen hatten zugesichert, dass die Oppositionsfraktionen angemessen an der Neuregelung eines Verfassungsschutzgesetzes beteiligt werden. Bis heute liegen uns weder die Entwürfe eines neuen Verfassungsschutzgesetzes und eines Kontrollgesetzes, geschweige denn eine Gesprächseinladung vor. Eine echte Beteiligung sieht für uns anders aus. Der Weg an die Öffentlichkeit und danach erst eine Weitergabe der Informationen an das Parlament halten wir für unangemessen, insbesondere, weil etwas anderes zugesagt wurde“, kritisierte Faeser. Man könne jetzt schon behaupten, dass es sicherlich nicht eine komplette Neu-

ausrichtung des Landesamtes für Verfassungsschutz geben werde, wie dies propagiert worden sei. „In Zukunft sollen die Akteneinsichtsrechte nicht mehr von einem Mehrheitsbeschluss abhängen. Damit wird eine jahrelange Forderung der SPD umgesetzt. Auch wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass Mitarbeiter an den Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz teilnehmen dürfen. Zwar gibt es nun eine Möglichkeit der Teilnahme, jedoch hängt diese von einer Zweidrittel-Mehrheit, also einer Regierungsmehrheit, ab. Das können und werden wir so nicht mittragen. Diskussionsbedarf ist noch reichlich vorhanden“, merkte die Innenpolitikerin an. ■



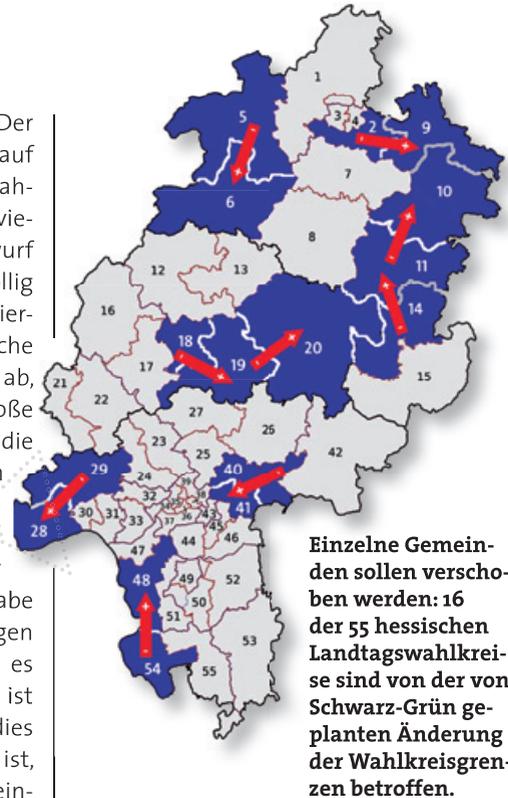
FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Nancy Faeser, MdL

# WAHLKREISREFORM: PARTEIPOLITIK STATT SORGFALT?

**E**ine Änderung von Wahlkreisgrenzen im „Hauruck-Verfahren“? Der Parlamentarische Geschäftsführer Günter Rudolph hat CDU und Grüne bei der Änderung des Landtagswahlgesetzes vor parteipolitischem Missbrauch gewarnt. Im April dieses Jahres habe der Innenminister den Fraktionen im Hessischen Landtag schließlich mitgeteilt, dass aufgrund der unterschiedlichen Entwicklungen bei der wahlberechtigten Bevölkerung es zu Über- beziehungsweise Unterschreitungen in den Wahlkreisen komme und deswegen Handlungsbedarf bestehe. Diese Neuabgrenzung der Landtagswahlkreise sollte auf Grundlage der aktuell vorliegenden Bevölkerungszahlen jedoch erst in der neuen Wahlperiode angegangen werden. „Der Auffassung, dass Handlungsbedarf besteht und dass wir dies in der neuen Wahlperiode zeitnah angehen müssen, findet die volle Unterstützung der SPD. Umso erstaunter waren wir, dass nun ein entsprechender Gesetzentwurf von CDU und Grünen vorgelegt wird. Dieser Gesetzentwurf basiert auf Zahlen zum 31. Dezember 2015 der wahlberechtigten Bürger. Mittlerweile hat eine Bundestagswahl stattgefunden, zu der ebenfalls die Anzahl der wahlberech-

tigten Bevölkerung ermittelt wurde. Der vorliegende Gesetzentwurf beruht auf einer Zahlenbasis, die zweieinhalb Jahre alt ist. Deswegen ist der erste gravierende Fehler, der diesem Gesetzentwurf zugrunde liegt, dass er auf einer völlig veralteten Datenbasis beruht“, kritisierte Rudolph. Der Gesetzentwurf weiche zudem von den eigenen Vorgaben ab, die besagen, dass möglichst gleich große Wahlkreise gebildet werden sollten, die die Kreisgrenzen einhielten. Bei den von CDU und Grünen angedachten Änderungen könne man die Gründe für die Änderungen nicht immer sachgerecht nachvollziehen. Zudem habe das Innenministerium über einen langen Zeitraum nicht gehandelt. Nun solle es schnell gehen. „Die Position der SPD ist klar: Wir sind der Auffassung, so, wie dies über viele Jahre Tradition gewesen ist, dass die Veränderung der Wahlkreiseinteilung eine Angelegenheit ist, die man möglichst gemeinsam mit dem gesamten Landtag vornimmt. Jetzt kurzfristig, wo alle Parteien ihre Kandidaten aufstellen, eine Reform in der Form auf den Weg zu bringen, halten wir für fahrlässig. Insbesondere, wenn dies auf einer völlig veralteten Datenbasis beruht“, so der



**Einzelne Gemeinden sollen verschoben werden: 16 der 55 hessischen Landtagswahlkreise sind von der von Schwarz-Grün geplanten Änderung der Wahlkreisgrenzen betroffen.**

Parlamentarische Geschäftsführer. Die SPD behalte sich ausdrücklich eine rechtliche Überprüfung vor, wenn der Gesetzentwurf so verabschiedet werde. Die von CDU und Grünen vorgegaukelte absolute Rechtssicherheit biete dieser Gesetzentwurf auf gar keinen Fall. ■

KARTE: LANDESWAHLLEITER, GRAFIK: CERT-LUWE MENDE



Gerhard Merz, MdB

FOTO: GERFRIED ZILGA-BÜCK

## SCHNELLSCHUSS STÖßT AUF BEDENKEN

Der familienpolitische Sprecher der Fraktion Gerhard Merz hat den Schnellschuss von Schwarz-Grün bei der vermeintlichen Beitragsfreiheit bei den Kita-Gebühren scharf kritisiert. Merz sagte dazu: „CDU und Grüne gefährden mit ihrem Modell, mit dem sie nur einen Teil der Eltern für einen Teil der Betreuungszeit von den Gebühren freistellen und bei dem sie die Kommunen die Hälfte der Rechnung bezahlen lassen, die Qualität in der Kinderbetreuung. Es rächt sich, dass Schwarz-Grün einen Schnellschuss gemacht hat, mit dem man bei der Wahl punkten wollte. Es wäre dringend notwendig gewesen, vorher mit den Kommunen und den freien Trägern zu sprechen.“ Der Familienpolitiker berichtete, dass er und weitere Mitglieder seiner Fraktion in einem neuerlichen Fachgespräch die erheblichen Bedenken aus der Trägerschaft registriert hätten. Beim schwarz-grünen Modell passe vieles nicht zueinander. Dies hätten die Experten bestätigt. ■

# BEZAHLBARE MOBILITÄT FÜR ALLE

**F**ür die Tatsache, dass die Landesregierung wieder einmal große Worte für kleine Fortschritte im Bereich der Mobilität gefunden habe, erhielten CDU und Grüne Kritik in Person des Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel. Was Schwarz-Grün in der Verkehrs- und Mobilitätspolitik tatsächlich zustande bringe, stelle die Geduld der Bürgerinnen und Bürger Tag für Tag auf eine harte Probe. „Hessen hat schon heute nicht die Infrastruktur, die die Menschen und die Unternehmen hier brauchen. Die Straßen sind verstopft, in den Zügen stapeln sich die Pendler. Und daran werden auch die angeblich historischen Summen nichts ändern, mit denen die Landesregierung Verkehrspolitik simuliert. Allein für die Stadt Frankfurt sagen die Bevölkerungsprognosen in den nächsten 20 Jahren etwa 100.000 Einwohner mehr voraus. Der Ballungsraum Rhein-Main insge-



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

samt, also das Gebiet von Bensheim bis Gießen und von Aschaffenburg bis Wiesbaden, muss sich auf 230.000 zusätzliche Einwohner einstellen. Die bestehende Straßen- und Schieneninfrastruktur wird unter einem solchen Bevölkerungswachstum schlichtweg kollabieren. Und von der Landesregierung kommt dazu nichts – kein Plan, keine Idee“, sagte Schäfer-Gümbel. Der Sozialdemokrat forderte einen zügigen Ausbau insbesondere der Schienenverbindungen im Land. Mehr Engagement verlangte der Oppositionsführer auch bei der Abkehr

beim Straßenverkehr von fossilen Treibstoffen. Der Fraktionsvorsitzende warnte zugleich davor, sich bei der Suche nach emissionsfreien Antrieben allein auf den Elektroantrieb zu fokussieren: „Dies kann angesichts der Ressourcen, die zum Beispiel für die Herstellung der benötigten Batterien eingesetzt werden müssen, ganz schnell zu einem neuen Problem werden“, so Schäfer-Gümbel. Eine zukunftsgerichtete, moderne Mobilität für alle zu schaffen, sei eine große, komplexe Aufgabe: Alles, was Schwarz-Grün anzubieten habe, sei eine große Baustelle. ■



FOTO: FOTOLIA.COM - JORG HACKEMANN

Der SPD-Fraktionsvorsitzende forderte einen zügigen Ausbau des Schienenverkehrs.

# KONFERENZ ZUR LUFTVERKEHRSWIRTSCHAFT

Nach einer gemeinsamen Konferenz von SPD-Landtagsfraktion, Vereinigung Cockpit, der Unabhängigen Flugbegleiterorganisation UFO und ver.di Hessen in Seeheim-Jugenheim warf der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel der schwarz-grünen Landesregierung vor, dass diese den Rückhalt des Flughafens in der Bevölkerung untergrabe. Mit dem Ausrollen des roten Teppichs für Ryanair habe sie eine Abwärtsspirale eingeläutet, die schlecht für den Flughafen und schlecht für die Beschäftigten sei. Die Basis des Flughafenkompromisses habe immer in der Schaffung auskömmlicher und sicherer Jobs gelegen. Diese Basis sei mit Umgehung von Arbeitsrecht, prekärer Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit à la Ryanair nicht gewährleistet. Die SPD werde den Widerstand gegen diese falsche Strategie von Schwarz-Grün aufrechterhalten. „Wir werden in den nächsten Monaten unsere Vorstellungen zur Gewährleistung von fairem Wettbewerb und guter Arbeit im Luftverkehr konkretisieren“, kündigte Schäfer-Gümbel an. ■



„Wir müssen schnellstens Regeln schaffen, wo Regeln fehlen, und Regeln durchsetzen, wo sie bereits da sind“, forderte Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.



Die Veranstaltung der SPD-Fraktion traf auf großes Interesse bei zahlreichen Akteuren aus der Luftverkehrswirtschaft.



Torsten Warnecke, MdL

## INVESTITIONEN IN SCHULEN DURCH BUNDESMITTEL

Im Zuge des sogenannten Kommunalinvestitionsprogramms II (KIP II) hat der SPD-Haushaltspolitiker Thorsten Warnecke die 330 Millionen Euro Bundesmittel für Investitionen in hessische Schulen begrüßt und gelobt. Dies sei der Anteil eines von der SPD-Bundestagsfraktion durchgesetzten, bundesweiten 3,5 Milliarden-Euro-Pakets. „Störend ist jedoch der Versuch der schwarz-grünen Landesregierung, die den Eindruck erwecken will, dass das Land Hessen ein mehr als 500 Millionen schweres Schulbau-Investitionsprogramm auflegt. Es sind die Kommunen und der Bund, die zusammen 87 Prozent der Last tragen. Das Land Hessen beteiligt sich. Nicht mehr und nicht weniger“, so der Sozialdemokrat. Der Bund habe einen Anteil von 62 Prozent, das Land 13 Prozent und die Kommunen ein Viertel an den Kosten. ■

## BUCHMESSE 2017

Auf der diesjährigen Frankfurter Buchmesse traf der Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, wieder mit zahlreichen Akteuren zusammen und führte Gespräche mit Verlagsvertretern, dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und zahlreichen Autorinnen und Autoren. „Ich habe mich ganz besonders über das Zusammentreffen mit dem Träger des Deutschen Buchpreises 2017, Robert Menasse, gefreut“, zeigte sich Schäfer-Gümbel beeindruckt. Zudem nahm er an verschiedenen Diskussionsrunden teil. ■



Robert Menasse (r.), Träger des Buchpreises 2017, im Gespräch mit Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL.



Am Stand des Vorwärts-Verlags: Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL, im Gespräch mit Hülya Özkan (r.) über ihr Buch „In Erdogans Visier: Warum er die Deutschtürken radikalisieren will und was das für uns bedeutet“.



Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL., diskutierte unter anderem mit dem Philosophen und Autor Richard David Precht (r.) das Thema „Globale Gerechtigkeit in Zeiten von Migration und Handel“.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
SPD-Fraktion im Hessischen Landtag und SPD-Landesverband Hessen

**Redaktion:**  
Gert-Uwe Mende (verantwortlich)  
Dr. Wilfried Lamparter  
Michael Fraenkel  
Gerfried Zluga-Buck  
Isabel Neumann  
Martina Häußl-David  
Willy Witthaut  
Kaweh Mansoori

**Anschrift:**  
Schlossplatz 1-3  
65183 Wiesbaden

FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

FOTOS: KAWEH MANSOORI

FOTOS: JUDITH KLOSE